

Kein Schnee mehr? Finnland glaubt, dass der Winterschnee in diesem Sommer nicht vollständig abtaut

geschrieben von Chris Frey | 24. März 2021

Eric Worrall

In Finnland gab es im vergangenen Winter so viel Schnee, dass sich der von den Straßen geräumte Schnee zu nie gesehenen großen Haufen getürmt hat. Inzwischen glaubt man dort, dass diese Schneeberge im kommenden Sommer vor dem ersten nächsten Winterschnee gar nicht vollständig abtauen:

Die widersprüchliche Politik der Grünen zur Begrenzung der CO₂-Emissionen

geschrieben von Chris Frey | 24. März 2021

von edmdotme

Summary

Derzeit ist die Verbrennung von Biomasse seitens westlicher Nationen als „CO₂-Neutral“ angesehen, um es so aussehen zu lassen, als ob man die CO₂-Emissionen reduzieren und damit das Klima kontrollieren könne. Das **Verbrennen von Biomasse als Kohlenstoff-Neutral zu bezeichnen ist aber im Grunde selbstzerstörerisch**, weil:

Nationen handeln nicht so, als ob der Klimawandel eine existenzielle Krise darstellt

geschrieben von Chris Frey | 24. März 2021

H. Sterling Burnett, *The Heartland Institute*

Politiker und Medien behaupten gerne, dass der Klimawandel eine existenzielle Bedrohung für die Menschen und den Planeten darstellt. Das Gewicht der wissenschaftlichen Beweise stützt diese oft aufgestellte Behauptung nicht.

Dürren in Europa seit 2015 „die schlimmsten seit mehr als 2000 Jahren“ ...

geschrieben von Chris Frey | 24. März 2021

Helmut Kuntz

... lief kürzlich als wichtige Eilmeldung durch unsere Gazetten. Und wieder war das natürlich erst der Anfang eines viel schlimmeren Endes: [3] ... Die Forscher stellten dabei einen Langzeittrend zu trockener Witterung fest, der sich ab 2015 rasant beschleunigte. Sie gehen davon aus, dass die Veränderungen des Klimas durch die Aktivitäten von Menschen verursacht werden, die den sogenannten Jet Stream beeinflussen

...

US-Staaten klagen, um die Vorschriften bzgl. der „sozialen Kosten“ von Kohlenstoff zu blockieren

geschrieben von Chris Frey | 24. März 2021

David Wojick

Zwölf Bundesstaaten haben ein Bundesgericht gebeten, die Bundesbehörden daran zu hindern, die so genannten „sozialen Kosten von Treibhausgasen“ heranzuziehen, um den Nutzen von Vorschriften zur Emissionsreduktion zu berechnen.

Die von Präsident Biden angeordneten neuen Kostenschätzungen behaupten enorme, weit in der Zukunft liegende Schäden durch die heutigen Emissionen von Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid. Die Verhinderung dieser angeblichen Schäden könnte massive neue

Regulierungen rechtfertigen, aber die Staaten sagen, dass dies illegal ist, weil der Kongress es nie autorisiert hat.